

LIB Abend- und Nacht-Ausgabe. Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Dies Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Genehmigung unterliegt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. Berlin, Nr. 1936 Sonnabend, 20. Juni 804

Der Führer an den 3. Deutschen Sporthochlager.

Stuttgart, 20. Juni. Der Führer und Reichsführer hat an den in diesen Tagen in Stuttgart stattfindenden 3. Deutschen Sporthochlager folgendes Telegramm geschickt:

„Den zum Dritten Deutschen Sporthochlager in Stuttgart beteiligten deutschen Sporthochler danke ich für ihre Größe, die ich mit den besten Wünschen für ihre Arbeit erwidere.“

Der Führer an den Allgemeinen Deutschen Musikertag.

Berlin, 20. Juni. Auf das Freudenbegrüßen der Teilnehmer an dem Saupostkonzert am 17. Juni in der Reichshalle des Deutschen Musikertages in Weimar veranlassen den Führer und Reichsführer mit folgendem Telegramm:

„Den zur Feier des hundertjährigen Jubiläums des Allgemeinen Deutschen Musikertages in Weimar veranlassten Teilnehmer danke ich für die mit telegraphisch übermittelten Glückwünsche, die ich mit den besten Wünschen für weitere erfolgreiche Arbeit im Dienst des Vaterlands bestärkt erwidere.“ (93) Adolf Hitler.

Beleuchtungsprogramm Reichsminister Nuss an Frau Verth.

Berlin, 20. Juni. Beleuchtungsminister Nuss hat an Frau Verth folgendes Telegramm geschickt: „In dem besten Wunsch, den Sie durch den Eintrag Ihres ans von mir als deutschen Dichter hochachtungsvoll erhalten haben, spreche ich Ihnen meine aufrichtige Teilnahme aus.“

Entlassung des thüringischen Ministers Dr. Weber.

Berlin, 20. Juni. Der Reichsführer und Reichsführer hat auf Vorschlag des Reichsstatthalters in Thüringen den thüringischen Staatsminister ohne Geschäftsbereich, Regierungspräsident in Erfurt, Dr. Weber, aus seinem Amt als thüringischer Staatsminister entlassen. Gleichzeitig hat der Führer und Reichsführer, einem weiteren Vorschlag des Reichsstatthalters in Thüringen, den Reichsregierungspräsidenten Dr. Weber zum Staatsrat im thüringischen Landesherrn ernannt.

Der Reichsminister an Schmalzing.

Stuttgart, 20. Juni. Reichsminister Schmalzing hat von Stuttgart aus, wo er auf Arbeiterkongressen spricht, das folgende Telegramm an Max Schmalzing geschickt:

20 Millionen begeisterte deutsche Hundstübchen gratulieren zum Siegreichen come back und drücken die Damen zum Weltmeisterturnier. Adolf Hitler.

Die Neugründung der Nordischen Gesellschaft.

Über, 20. Juni. Die Neugründung der Nordischen Gesellschaft wurde am Sonnabend in der Stadthalle fortgesetzt.

Der Reichsstatthalter der Nordischen Gesellschaft, Dr. Zimm, sprach über „Deutschland und der Norden 1936“.

Er betonte, daß es nicht Aufgabe der Nordischen Gesellschaft ist, auf dem Gebiet der deutsch-nordischen Zusammenarbeit diese oder jene kleine Zielsetzung zu erzielen, sondern daß die Nordische Gesellschaft den Wunsch habe, die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Norden auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens so zu gestalten, wie Deutschland dies das Verhältnis der Staaten untereinander in einem neuen Europa denke. Das Ziel der Unabhängigkeit und Freiheit jedes einzelnen Landes voraus und schließlich jede Art von Imperialismus aus. Infolgedessen habe die Nordische Gesellschaft als rein deutscher Zusammenkunft diese eigene Zukunft in den nordischen Ländern ab und bekämpfe sich darauf, in Deutschland das Verständnis für die Länder und Völker des Nordens zu vertiefen. Sie gehe bei dieser Arbeit von dem nordischen Gedanken aus, daß die einmütigen Zusammenhänge zwischen Deutschland und dem Norden angeht der interdependenten Entwicklung, die die Länder nördlich und südlich der Erde in einem gemeinsamen Schicksal, die einzige Möglichkeit wirksamen inneren Verkehrs zwischen den Völkern gäbe.

Stabsminister Dr. Weichelt erinnerte in seinem Vortrag über den Gesamtplan dieses Gebiet in seiner Bedeutung für das deutsche Vaterland“ an die Zeit des kaiserlichen Vereinigungsfundes gegen die marxistischen und kapitalistischen Weltanschauungen. Erst dem Nationalsozialismus sei es gelungen, die Bewegung eine einheitliche Richtung zu geben. Die Rettung des Vaterlandes gehöre zu den ersten Zielen des Führers nach der Wiedergeburt. Das Heranführen der Weltanschauung sei das Wichtigste. In ihm liege das ureigste Lebensgesetz des germanisch-deutschen Vaterlandes wieder zur Geltung gekommen. Das germanische Modell habe den kaiserlichen Erbschaft, das Dada, dies als unheilbares, unheilbares und unheilbares Unheil angesehen betrachtet. So habe sich der Kampferfolg auch nur aus einem Erben hergeleitet. Nur das bestegehrte Gut, die Seinsform, ist geteilt worden. Für die lebendigen Erben aber sei das Dada nicht nur eine stets offene Zukunft und Sehnsucht geworden, für sie sei auch durch falsche Ziele der Sippa getrennt worden.

Der beherrschende Gedanke des Erbes sei die Weiterhaltung des Blutes und die Weiterentwicklung dieses neuen Blutes. So mochte aus dem Erbe ein neues Volk selbst ein Blutrecht, das durch Auserwählung aller Völkern der Welt ihrer Zukunft diene. Das Blutrecht heiße die Liebe. So vereinigen sich im Charakter, dem Streits von Blut und haben in einer starken, selbständigen Einheit.

Der germanische Erbesinn sei also zwar ein mit vielen Werten gebundener Erbesinn gewesen. Eine ungeschulte und ungeschulte Herangehensweise sei notwendig und nicht germanisch-ethisch. Die Herangehensweise des germanischen Vaters liege aber die Liebe zur angestammten Erbschaft einer lebensvollen und uns angelegenen Erbschaft. Die deutsche Erbesinnlichkeit, soleser Art, seien von jeder nur gegen Selbstüberbahrung, die unter artemgemäßes Recht und Ordnungsgesetze gewollt geübt werden. Durch die nationalpolitische Mission sei der deutsche Erbesinn wieder erstanden. Sie haben sich zwischen beiden sich kein Leben bewahrt, kein sein Gefühls- und Stoff einerseits, kein Volk und Vaterland andererseits. Sie haben sich nicht in der Lage gesehen, sich in der notwendigen sinnvollen Weiterbildung, denn die wessensmäßige Erbschaft der Menschheit höherer Menschlichkeit. Sie gehen dem Vaterland einen Bekanntheit. Diese Erbschaft liege dem deutschen Erbesinn gegen das Volkstumslidende, seinem Wesen nach normalerweise, daß der germanische Völkern der gesamten europäischen Völkerschaft sei.

„Wäge die europäische Völkerschaft die Stunde, erende die ohne Rücksicht auf Grenzen den Zusammenhalt gegen einen gemeinsamen, rücksichtslosen Völkerngefecht.“

Die Reichsstatthalterin Frau Scholz-Klein sprach über die Aufgabe der Frau unserer Zeit. „Was wir heute gelebt haben“, sagte sie, „ist unter anderen Umständen nicht anders anders zu haben. Die Erbschaft der Arbeit des Mannes, unsere Stellung im Volk so haben aufgrund unserer eigenen Stellung und Persönlichkeit. Die Frau hat die Aufgabe, die Frau gegenüber zu einer Förderung gleicher Rechte dem Mann gegenüber zu vereinigen, sondern wir haben die Stärke der Frau zu sammeln, um sie eigentlich einzuhalten in das Aufgabenfeld der Frau.“

Diesem Ziel zu dienen ist das deutsche Frauenwerk gefordert worden, das als Frauenverbände zu allgemeinen Dienst am Volk zusammenfassen. Es ist es uns gelungen, auch die deutsche Arbeiterin in unser Werk mit einzubeziehen. Neben dem kochenden Mann im Betrieb wird die Frau durch eine Vertrauensarbeit vertreten.

„Wenn heute und in internationalen Kongressen die Arbeit der Frau erörtert werden, werden wir zu finden wir heute stellen, daß es in neuen Deutschland kein Frau mehr gibt, die im Vergleich unter Lage arbeiten. Wenn heute 50.000 Frauen weniger in Gewerbetrieben stehen, so ist das kein Mangel der Beteiligung der Frau an der Arbeit. Der Grund hierfür ist, daß von 1933 bis 1935 420.000 Ehen mehr geschlossen wurden als 1930 bis 1932.“

„Weiter haben wir den Arbeitsdienst, dessen größter Wert für uns Frauen darin liegt, unsere Mädel zum Dienst an der überholten Frau und Mutter anzuhalten zu lassen.“

Die weltanschauliche und politische Ausrichtung aller Arbeitsgebiete gibt die NS-Frauenarbeit. Dieses Ziel unter dem Völkern wollen wir sein und unserem Volk die Frauen formen, die mit nationaler Volksehre, zeitlichem Format und absoluter Wahrhaftigkeit Trägerinnen formender Lebensarbeit sein werden.“

150. Geburtstag General von Reuber.

Berlin, 20. Juni. Am 21. Juni feiert sich zum 150. Male der Geburtstag des Generals der Kavallerie, Karl Friedrich Wilhelm von Reuber.

Nach nicht 10 Jahre alt, begann dieser hervorragende Soldat 1822 seine aufwendige militärische Laufbahn von der Rufe auf als einfacher Grenadier. Als Vortrupp zeichnete er sich bei Solberg aus und wurde nach Teulnabine als Geführter des Schützenbataillons als Stabsmeister im Jahre 1840 zum Major befördert. In den Vorkriegsjahren erwarb er sich durch hervorragende Tapferkeit in vielen Gefechten und Schlachten den Rang, das Offizierskreuz, die beiden Klassen, die mit nationaler Volksehre, zeitlichem Format und absoluter Wahrhaftigkeit Trägerinnen formender Lebensarbeit sein werden.“

Der Chef des Generalstabes des Heeres wird am 21. 6. auf dem Anwaltsdienst am Grab des Generals der Kavallerie von Reuber einen Kranz niederlegen lassen.

Volksherr Cerruti reist nach Rom.

Paris, 20. Juni. Der italienische Volksherr in Paris ist am Sonnabend mittig mit dem Flugzeug nach Rom abgereist.

Wladimir Iwanow bei Zelos.

Paris, 20. Juni. Außenminister Delbos empfing am Sonnabend vormittig den russischen Außenminister Wladimir Iwanow, der sich auf der Durchreise nach Montreux aufgehalten hat. Iwanow sprach mit dem französischen Außenminister über die russischen Außenminister ein Gespräch am 21. Juni an.

Der königliche französische Vertreter beim Völkerbund, Paul Faucher, wird die Führer der französischen Abordnung an der Konferenz in Montreux teilnehmen.

Britische Abordnung nach Montreux abgereist.

London, 20. Juni. Die Abordnung der britischen Regierung nach Montreux ist am Sonntag abgereist. Die Abordnung nach Montreux hat am Sonntag London verlassen. Sie wird geführt von Lord Stanhope, der für sich zum ersten Kommandeur für öffentliche Arbeiten ernannt wurde.

Parlamentarierin in der Schweiz.

Bern, 20. Juni. Die Zusammenkünfte des Nationalrates und des Ständerates sind am Sonnabend geschlossen worden.

„Band der Kriegsdienstflieger Österreichs“ aufgelöst.

Wien, 19. Juni. Das Bundesparlament hat den „Band der Kriegsdienstflieger Österreichs“, dessen Vorsitzende die Zugin Olga Maria war, aufgelöst.

Das Programm der neuen schweidischen Regierung.

Stockholm, 19. Juni. Die neue schweidische Regierung hat in ihrer ersten Sitzung die Regierungserklärung für den 1. Juli fertiggestellt. Darin heißt es, daß die gesamte politische Lage, in der sich die ganze Welt wie aus einem Becken befindet, eine Verantwortung für die Weltwirtschaft darstelle und das schweidische Volk, seine Stärke in einer Gemeinschaft aller Völker zusammenzufassen, um den Wohlstand des Landes zu erhalten und zu entwickeln und die nationale Selbständigkeit zu sichern.

Infolgedessen hat die Regierung entschlossen, den hinsichtlich dem Wohlstand zusammenzukommen. Über die Fortführung der Landesverteidigung, die die Regierung als Bestandteil des schweidischen Staates zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit entschlossen ist.

Die Erklärung beschäftigt sich dann mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage und betont, daß die Regierung eine ihrer ersten Aufgaben darin habe, alle Möglichkeiten zu fördern, die die nationale Selbständigkeit fördern und entwickeln und den Voraussetzungen mit den anderen Ländern erleichtern könnten. Die Regierung werde ferner in der Beherrschung der Außenwirtschaft, dem Kaufkraftstand, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, und alle zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen seien das eigene Wohl, der Entlohnung des Landes Einhalt zu geben.

Schicksalsverhandlungen in Wien.

Wien, 20. Juni. Die als Arbeitsminister und Arbeitgebetreuer der einzelnen Industriezweige zusammengelegten Ausschüsse sind zusammengetreten, um an den Beratungen Stellung zu nehmen, die die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen am Sonntag nach Wien, unter dem Vorsitz der Regierung für eine Vertagung des Streiks getroffen haben. Während einer Woche von Sonntag bis Freitag hat die Regierung die Verhandlungen insbesondere in der Frage der Lohnherabsetzung und der Neuordnung der Arbeitszeit noch unüberwindlich gegenüber.

Die Sozialdemokraten sind entschlossen, ihre letzten Schritte am Sonntag nach Wien abzubrechen, wenn die Forderungen der Arbeitgeber nicht erfüllt werden. Am Sonntag wird das Kabinett zusammenkommen, um der Lage Stellung zu nehmen.

Die Aufnahme der Verhandlungen hat bisher auf die Entscheidung nicht den Ernst gebracht. Nach am Sonnabend bemittelt hat wieder neue Streiks ausgedroht.

Die ungarischen Winderheiten in der Tschechoslowakei.

Bratislava, 20. Juni. In Verantwortung einer Intervention über die Lage der ungarischen Winderheiten in der Tschechoslowakei erörterte Minister des Äußeren, Sziklós, am Sonnabend im Hinblick die Stellungnahme der ungarischen Regierung gegenüber dem neuen tschechoslowakischen Staatsvertragsgesetz, durch die die in der Tschechoslowakei lebende ungarische Winderheiten in ihrer Tätigkeit in ihren Unternehmen nicht behindert werden. Es ist zu befürchten, daß Tausende solcher Ungarn, deren tschechoslowakische Staatsangehörigkeit anzufragen die tschechoslowakischen Behörden dieser entgegen den Bestimmungen des Freizugsvertrages - verweigert hätten, sich für Anträge erklärt würden, um ihnen auf Grund des neuen Gesetzes die Aufenthalt in den sogenannten Grenzorten zu verweigern.

Die ungarische Regierung werde die praktische Durchführung dieses Gesetzes mit voller Aufmerksamkeit verfolgen. Sollte sie gelangen, kein fehlerhaft, daß keine Anwendung unter Verletzung der in den internationalen Verträgen den ungarischen Staatsbürgern in der Slowakei zugewiesenen Rechte und Interessen gäbe, so werde man alle zur Verfügung stehenden Rechtsmittel einschließlich des Streiks nehmen. Die ungarischen Winderheiten müßten sich nötigenfalls an den Völkern wenden. Nach den Erfahrungen, die man mit dem Völkern auf dem Gebiet der Winderheiten gemacht hat, werden die Winderheiten allerdings wenig Hoffnung haben, daß eine solche Position erfolgreich sei. Es sei deshalb nicht ausgeschlossen, daß die ungarische Regierung selbst zum Schutze des in der Tschechoslowakei lebenden Ungarns an den Völkern appellieren müßte, zumal für einen solchen Schritt Möglichkeiten gegeben seien.

Die spanischen Sozialdemokraten gegen Mabarana.

Madrid, 20. Juni. Der Vollzugs-Ausschuß der spanischen Sozialdemokratischen Partei nimmt in einer Erklärung auf die Völkerverordnung Bezug und spricht sich darin über gegen Reformproposale. Abhaltung aus, die dieser für sich in ganz einer Reihe mehrere Völkerverordnungen überreichten. Die Vorschläge stellen eine Vereinerung aller beteiligten Ideale die den Einheitspartei ein einheitliches Programm als Grundlage für ihre internationale Politik geben. Eine Völkerverordnungs-Form, die das System der kollektiven Sicherheit schwäche, werde die bei der Gründung des Völkervertrages im Jahre 1919 zum Ausdruck gekommen, den schweben Völkern jede Unterstützung rauben, die einer bestimmten Großmacht unterbreiten oder in einer Politik der Weltmacht einseitig zu sein. Die resolutions- und programmatische Leitlinie Claridad verlangt von der Regierung, daß sie, wenn die Mabarana schon nicht die spanische Staatsangehörigkeit abgeben wollte, um wenigstens die Form eines spanischen Völkerverordnungslegens anzunehmen müßte.

Verteidigungsplan für die Philippinen.

Manila, 20. Juni. Präsident Quezon sandte dem philippinischen Parlament einen von General Douglas MacArthur, dem inoffiziellen Kommandeur der philippinischen Armeebesatzung, ausgearbeiteten Verteidigungsplan ab, der die Aufwendung von 20 Millionen Dollar für die nächsten zehn Jahre voraussetzt. Der Plan umfasst den Bau eines neuen Flottenstützpunktes, die Erneuerung der Luftwaffe, die hauptsächlich aus kleinen Bombenflugzeugen bestehen soll, ferner soll ein lebendes Meer und eine Flotte von 40.000 Mann unter dem Kommando von General Arthur Ely, die einjährige Flotte des lebenden Meeres werde 600 Offiziere und 6500 Mann betragen.

Nach der Zuteilung des Berichtes an das Parlament wurde General MacArthur wegen des Mangels an Geldmitteln für den philippinischen Armee ernannt.

Beimnächste: Kurt Schumacher, Berlin-Wilmersdorf, Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H., Berlin.